

Kurze Chronik des Uferkonflikts

1952-1990: Das Ufer ist DDR-Grenzgebiet, seit 1961 durch Stacheldraht, seit 1970 durch die Mauer abgeriegelt. Grenztruppen patrouillieren entlang des sog. Kolonnenweges.

8. 3. und 20. 6. 1990: Nach dem Mauerfall beschließen der alte Rat der Gemeinde und die neue Gemeindevertretung, den ehemaligen Mauerstreifen entlang des Groß Glienicker Sees als Landschaftsschutzgebiet für die Öffentlichkeit zu sichern.

1991: Wettbewerb zur Gestaltung der Uferlandschaft

1999: Verabschiedung des B-Plans Nr. 8, der den Uferstreifen als öffentliche Zone mit Uferweg festschreibt. Zitat:

„Für den Uferbereich des Groß Glienicker Sees steht bei der Aufstellung des Bebauungsplanes das öffentliche Interesse an einer Zugänglichkeit und Nutzbarkeit durch die Allgemeinheit im Vordergrund. Die unmittelbare Uferzone wird daher als öffentliche Grünfläche ausgewiesen, wobei die Breite der Fläche durch die zu erhaltende Ufervegetation und einen Bereich zur Anlage eines Uferweges bestimmt wird.“

1999: Erster Versuch einer Ufersperrung am Südostufer des Sees

2000: Aufhebung der Sperrung durch das Verwaltungsgericht Potsdam

2001: Nach erfolgreicher gerichtlicher Normenkontrolle ist der Bebauungsplan rechtsgültig.

2005: Der Ortsbeirat stellt der Stadt Potsdam erstmals Geld zum Ankauf von Ufergrundstücken zur Verfügung.

2008: Bei der Abstimmung über den Groß Glienicker Bürgerhaushalt erhält die Sicherung und Gestaltung der Uferzone die meisten Punkte. Daraufhin stellt der Ortsbeirat der Stadt weitere 600.000 Euro zum Ankauf von Ufergrundstücken zur Verfügung.

Juli 2009: Privateigentümer sperren am Südostufer den Uferweg. Der Ortsbeirat verabschiedet den Groß Glienicker Appell, der Stadt und Eigentümer auffordert, eine einvernehmliche Lösung des Uferkonflikts zu suchen. Ortsvorsteher Peter Kaminski und Stellvertreter Winfried Sträter führen Gespräche mit Eigentümern, um Möglichkeiten für einvernehmliche Lösungen zu suchen.

September 2009: Nach jahrelangen Verhandlungen mit der Bima kauft die Stadt Potsdam über 23.000 Quadratmeter Uferfläche aus dem Eigentum des Bundes. Damit sind mehr als ein Drittel der Uferflächen in städtischem Besitz.

November 2009: Der Oberbürgermeister lädt die Eigentümern von Ufergrundstücken zu zwei Gesprächen ins Potsdamer Rathaus. Der OB erklärt die Bereitschaft der Stadt zum Kauf der Ufergrundstücke. Mit Eigentümern, die nicht verkaufen wollen, sollen Vereinbarungen zur dauerhaften Sicherung des öffentlichen Uferweges geschlossen werden.

März 2010: Mehrere Privateigentümer sperren auf ihren Grundstücken den Uferweg.

April 2010: Zentrale Protestkundgebung mehrerer Vereine auf der Badewiese. Zwei Bürgerinitiativen gründen sich („Freies Ufer“ und „Freier Uferweg“). Die Initiative „Freies Ufer“ veranstaltet wöchentlich Montagsdemonstrationen.

November 2010: Die Stadt bietet den Eigentümern eine Änderung des B-Plans an – unter der Bedingung, dass sich die Anlieger in einem Moratorium bereit erklären, den Uferweg während des B-Plan-Änderungsverfahrens offenzuhalten.

Januar 2011: Die Stadtverwaltung stellt das Scheitern des Moratorium-Angebots fest, da nur 21 % der Eigentümer das Moratorium unterzeichnet hatten.

April 2011: Die neu gestaltete Uferzone am Süden des Groß Glienicker Sees wird der Öffentlichkeit übergeben.

Februar 2012: Die Stadt stellt beim Innenministerium des Landes Brandenburg Enteignungsanträge, um das öffentliche Wegerecht gemäß Bebauungsplan durchzusetzen.

September 2013: Oberbürgermeister Jann Jakobs und der Stellv. Ortsvorsteher von Groß Glienicke, Winfried Sträter, eröffnen den zweiten Teilabschnitt des neu gestalteten Uferweges, südlich des Begegnungshauses.

Dezember 2013-Januar 2014: Anhörungen der Stadt und der Privateigentümer im Landesinnenministerium zu den Enteignungsanträgen.